



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1922

242 (27.5.1922) Mittag-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-203678](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-203678)

Mannheimer General-Anzeiger

Badische Neueste Nachrichten

Originalpreise: In Mannheim und Umgebung monatlich 100 Pf. ...

Anzeigenpreise: Die kleine Seite Nr. 6. — amers. Nr. 7. —

Beilagen: Der Sport v. Sonntag. Aus der Welt der Technik. Gesetz u. Recht. Mannh. Frauen-Zeitung. Mannh. Musik-Zeitung. Bildung u. Unterhaltung. Feld u. Garten. Wandern u. Reisen.

Auseinandersetzungen im Reichstabinett

Ausgleich?

Berlin, 27. Mai.

(Von unserem Berliner Büro.)

Die Lage hat im Laufe des gestrigen Tages sich nicht wesentlich geändert. Es bleibt dabei, daß das Kabinett mit Einfluß des Außenministers bereit ist, die von Hermes getroffenen Abmachungen mit der Reparationskommission zu billigen und daß der Kanzler sich einweisen noch nicht hat überzeugen können, daß dieser Weg zur internationalen Anleihe der richtige und einzig gangbare sei. Man wird nicht übersehen dürfen, daß hinter den Hermes'schen Abmachungen, die, wie bereits gesagt, sich auf den Vorläufen und Formeln Braddurys aufbauen, unter Umständen die Möglichkeit neuer Steuern lauert. Wir brauchen sie nicht sofort beschließen und aufzulegen, wir gewinnen auch eine gewisse Frist zur Prüfung und sorgfältiger Überlegung, aber, wenn es bis dahin nicht gelingt, unseren inneren Credit in Ordnung zu bringen und die innere deutsche Schuld zu konsolidieren, dann werden wir wohl oder übel doch noch neue Auflagen auszubauen haben. Herr Dr. Wirth hält das — und in dem Belange werden die am Ende wohl auch zustimmen, die sonst nicht immer an seiner Seite standen — angestricheltes, schlechthin unerfüllbares Zugeständnis und er mag wohl auch gemeint haben, daß bei der gegenwärtigen weltpolitischen Konstellation für uns, oder gegen uns, günstigere Bedingungen herauszuschlagen gewesen wären. Indes liegen die Dinge doch wohl so, daß wir in diesen Stücken sicher nicht mehr ganz frei sind und daher ist anzunehmen, daß, wenn nicht heute, so doch morgen oder übermorgen die Einmütigkeit des Kabinetts sich auf den Kanzler erstrecken wird.

Inzwischen ist, wie wir hören, an die Reparationskommission eine Rückfrage ergangen, die in die bisherigen Abmachungen das Moment der höheren Gewalt hineintragen will. Wenn wir durch „höhere Macht“ verhindert sind, unsere innere schwebende Schuld zu konsolidieren, soll uns das nicht als Verzug angerechnet werden. Man glaubt für diese Interpretation in Paris Entgegenkommen zu finden; dann dürften wohl auch die Bedenken des Kanzlers ausgeräumt sein und die „Krise“, die wenig verantwortungsvolle Sensationsmacher an die Wand gemalt haben.

Die Reichstagsmehrheit für Dr. Hermes.

Berlin, 27. Mai. (Von unserem Berliner Büro.) Ueber die Haltung der Parteien zu dem Streitpunkte zwischen Dr. Wirth und Dr. Hermes schreibt die „Deutsche Zeitung“: Sowohl die Sozialdemokratie wie das Zentrum und Demokraten scheinen die Vorschläge von Dr. Hermes als geeignete Grundlage für weitere Verhandlungen zu betrachten. Die Deutschen Nationalen und die äußerste Linke würden es wohl ablehnen, sich diesen Vorschlägen anzuschließen. In der Deutschen Volkspartei gingen die Meinungen dahin, daß zwar an einzelnen Punkten des von Hermes getroffenen Abkommens eine Abmilderung weiterer Verhandlungen möglich mache; mithin wäre also für die Methode des Dr. Hermes, der mit Ausnahme des Kanzlers, das Kabinett für sich hat, die Mehrheit des Reichstages gewonnen.

Meinungsverschiedenheiten im Auswärtigen Ausschuss.

Berlin, 27. Mai. (Von unserem Berliner Büro.) Die Sitzungen des Auswärtigen Ausschusses gestern der Fall — in den Blättern Berichte über angebliche Zusammenstöße, die sich gestern dort begeben hätten. Unter diesen Umständen scheint auch uns eine weitere Distinktion überflüssig zu sein und wir können bestätigen, daß in der gestrigen Vormittagsitzung die Regierung nicht gegenüber dem Verlangen, daß zunächst über Genua und die Reparationsfrage Bericht erstattet werden sollte, die Regierung zu beschreitenden Weg sich nicht einig geworden sei. Bei der Abstimmung geriet die Regierung mit einer kleinen Minorität. In Wahrheit wird sie ziemlich allgemein getadelt, denn auch die Mitglieder der Reaktionsparteien, die für die Beibehaltung der Heimlichkeit taten, das nur, um das Kabinett nicht im Stich zu lassen. Am Nachmittag ist dann aber der Kanzler zusammen mit Dr. Hermes im Auswärtigen Ausschuss erschienen und Herr Dr. Hermes hat seinen Bericht erstattet. Auch das darf man als ein Anzeichen dafür ansehen, daß die Differenzen im Abklingen sind.

Heute Vormittag um 10 Uhr tritt der Auswärtige Ausschuss von neuem zusammen. Falls die Antwort der Reparationskommission auf unsere Rückfrage heute noch nicht eingelangt sein sollte, ist für morgen vormittag eine weitere Sitzung vorgesehen.

Morgan prüft die deutsche Finanzlage.

Berlin, 26. Mai. Wie die „Tgl. Rundschau“ aus Paris hört, berichtet „Chicago Tribune“, daß das Komitee Morgan eine genaue Prüfung der deutschen Finanzlage nach folgenden Gesichtspunkten begonnen hat:

1. Die Bestimmung der deutschen Hilfsquellen und der deutschen Produktionsfähigkeit, deren Beeinflussung durch innere und äußere Faktoren.
2. Die Bestimmung der Reparationsbeträge, die Deutschland gegenwärtig bezahlen kann, ganz abgesehen von den Zahlungsplänen irgend eines anderen Abkommens.
3. Die Beeinflussung der deutschen Produktionsfähigkeit durch die Aufrechterhaltung einer starken alliierten Besatzungsarmee oder durch alliierte Sanktionen.
4. Die deutsche Abnahmefähigkeit in der Welt, deren Beeinflussung durch die deutsche Wälua, die Zölle und die deutschen Produktionskosten.
5. Die Arten der Garantien, die Deutschland für die Anleihen bieten könnte.

Eine internationale Finanzkonferenz.

Paris, 26. Mai. Zu den Gerüchten, daß die Vereinigten Staaten möglicherweise eine internationale Finanzkonferenz zusammenberufen wollen, meldet ein Washingtoner Telegramm des „Petit Parisien“, daß dieser Gedanke tatsächlich in Regierungskreisen ernsthaft erörtert werde. Es handle sich um eine internationale Bankierkonferenz. Man scheint in Amerika anzunehmen, daß auch die Konferenz in Haag keine greifbaren Ergebnisse zeitigen werde, sodas die amerikanische Konferenz berufen wäre, die schwebenden Fragen zu präzisieren.

Berlin, 27. Mai. Die „Zeit“ beschäftigt sich in ihrem Leitartikel mit der Reise des Reichsfinanzministers Dr. Hermes nach Paris. Das wesentliche Ergebnis der Reise — so sagt das Blatt — ist die Erkenntnis der Pariser Reparationskommission, daß Deutschland ohne Hilfe von auswärts, das heißt ohne Anleihe sein Budget nicht im Gleichgewicht halten könne, da es von den Reparations- und Besatzungskosten systematisch in Unordnung gehalten wird. Auch die Sachverständigenkommission in Genua hätte das bestätigt. Damit sei in Genua sowohl als auch in Paris die letzte Note der Reparationskommission, die Deutschland als böswilligen Nichtzahler hinstellte, ab absurdum geführt und etwaigen Gewalttaten der Franzosen die moralische Grundlage weggenommen.

Befetztes Gebiet und Zwangsanleihe.

WS. Köln, 26. Mai.

Der Wirtschaftsausschuss für das besetzte Gebiet hat gestern folgende Entschlüsse zu dem Entwurf eines Gesetzes über die Zwangsanleihe angenommen:

Der Wirtschaftsausschuss für das besetzte Gebiet, in dem außer städtischen Handelskammern, Handwerkskammern u. Landwirtschaftskammern auch die führenden privaten Verbände von Industrie und Handel des besetzten Gebietes vertreten sind, legt scharfe Bedenken gegen den Entwurf des Reichstages vor, der die Zwangsanleihe mit größter Beschleunigung zur Verabschiedung gebracht werden soll, um unbestimmt um die gefährvolle Lage der deutschen Wirtschaft zu Einnahmen zu kommen, die über dem im Gesetz über Änderungen im Finanzwesen vom 8. April 1922 festgelegten Anteilbeitrag in Höhe des Gegenwertes von einer Milliarde Goldmark weit hinausgehen. Der Wirtschaftsausschuss kann infolge des Fehlens genauer Unterlagen über die Höhe des derzeitigen gesamten Volksertrages nicht nachprüfen, ob der in § 9 des Entwurfs aufgestellte Tarif dem aufzubringenden Anleihefuß entspricht. Er hält sich aber für verpflichtet, die Reichsregierung darauf hinzuweisen, daß die Zwangsanleihe das Wirtschaftsleben zu einem Zeitpunkt trifft, in dem das Kreditbedürfnis aller seiner Zweige einen außerordentlich hohen Grad erreicht hat. Daraus ergibt sich die dringende Notwendigkeit, den Ertrag der Zwangsanleihe in den durch Gesetz vorgeschriebenen Grenzen zu halten und unter allen Umständen zu vermeiden, daß die Wirtschaft darüber hinaus Abgaben zu leisten hat, die letzten Endes die gesamte deutsche Volkswirtschaft größten Gefahren aussetzt. Eine solche Gefahr ist unso naheliegender, als der Entwurf durch den Zwang der Vorauszahlung des Gros der Zahlungen auf die Zwangsanleihe bereits bis zum 1. November 1922 erfüllen will. Der Wirtschaftsausschuss spricht deshalb das Verlangen aus, daß diese außerordentlich wichtige Vorlage der gesetzlichen Vertretung der deutschen Wirtschaft, dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat, zur Vorprüfung unterbreitet wird und bittet, gleichzeitig Sorge zu tragen, daß auch die Spitzenverbände von Industrie, Handel, Handwerk und Landwirtschaft Gelegenheit findet, sich vor der Beschlußfassung durch den Reichstag beschleunigt, aber eingehend mit der Angelegenheit beschäftigen zu können. Eine Reihe von Einzelheiten des Entwurfs bedürfen sorgfältiger Erwägung. Neben den schon angezeigten Punkten sind namentlich hervorzuheben die Vorschriften des § 15, nach der die Selbstschuldung nach einem künftigen Stichtag zu erfolgen hat, sowie die in den §§ 21 ff. für alle Fälle des Zurückbleibens der Vorauszahlung hinter der endgültigen Veranlagung vorgesehenen sogenannten Abgaben, die lebhaftes Bedenken in allen Kreisen der beteiligten Anteilhabenden hervorrufen müssen. Der Wirtschaftsausschuss behält sich vor, der Reichsregierung eine eingehende Begründung der in der vorliegenden Entschlüsse niedergelegten Bedenken baldmöglichst zu unterbreiten.

Die Politik des Kronprinzen.

Von Dr. Fritz Mittelmann, W. d. R.

2. Innere Politik.

Als Anfang Februar dieses Jahres der Brief des Kronprinzen an den Staatsrechtslehrer Prof. Jörn in Bonn bekannt wurde, in dem betont wurde, daß die Frage der Republik oder Monarchie in der jetzigen Zeit schwerer vaterländischer Not überhaupt keine Rolle spielen dürfe, hochte die politische Welt mit Interesse auf und sah weiteren Neubelegungen mit Spannung entgegen. Die damals gehegten Erwartungen wurden nicht enttäuscht, denn das Kronprinzenbuch enthält auch ein scharf umrissenes innerpolitisches Programm.

Der Ausgangspunkt seiner Betrachtungen ist eine entschiedene Betonung seines freiheitlichen Standpunktes. „Seitdem ich angefangen habe, politisch zu denken, hat sich in mir immer entschiedener die Auffassung bestärkt, daß für unsere innere Politik eine gesunde Entwicklung in liberaler Richtung die gegebene Linie sei. Eine vorausschauende, rechtzeitig einsetzende und in liberaler Richtung bewegte Politik hätte es erreichen müssen, unertösten Wünschen, von welcher Partei immer sie kommen mochten, einen Damm zu setzen und damit eine gerechte Balance der Kräfte zum Wohle des Ganzen zu erhalten. Eine solche Regierung würde auch mit einer gewissen Stetigkeit der Gruppierungen rechnen können.“ Daran hat es in Deutschland aber immer gemangelt, und als unter Fürst Bülow ein dahingehender Versuch unternommen wurde, erfolgte sein Sturz von konservativer Seite. Sein damals von ihm gesprochenes Wort aber, „Bei Philipp! sehen wir uns wieder“, ist furchtbar in Erfüllung gegangen.

Daß der Kronprinz bei dieser Stellung auch in der heiß umstrittenen Frage der „Preussischen Wahlrechtsreform“ einen freiheitlichen Standpunkt einnahm, ist nicht zu verwundern. Nach seiner Ansicht gab es für die Regierung nur zwei Wege: Entweder stellte sie sich auf den Standpunkt, daß der Krieg keine geeignete Zeit für Verfassungsänderungen sei, zumal während des Krieges der beste Teil des Volkes, der an der Front unter den Waffen stand, von der Mitwirkung an der Neugestaltung ausgeschlossen war, dann mußte sie sich aber auch auftragen, jede auf eine gegenteilige Auffassung zielende Agitation rückwärts zu unterdrücken. Oder die Regierung entschloß sich für diese Wahlrechtsänderung — dann hätte sie aber auch vor einer schnellen Auflösung des Abgeordnetenhauses nicht zurückzucken dürfen, um kein Mittel unverbraucht gelassen zu haben, ihren Willen durchzusetzen. Die Regierung ging keine der beiden Wege, sondern ging auch in diesem Falle wie so oft den Weg der Halbheiten. Es kam die berühmte Osterbotschaft im Jahre 1917, gegen die der Kronprinz allergrößte Bedenken äußerte, indem er darauf hinwies, daß mit diesem Erlaß niemand zufriedener sein würde und die Regierung binnen kurzem doch gezwungen sein werde, das gleiche Wahlrecht zu geben. Nach seiner Ansicht sei es folglich klüger, es gleich und aus freiem Entschluß des Königs heraus zu geben. Aber weder diese Vorstellung des Kronprinzen noch ähnliche von anderer Seite wurden, die Konservativen setzten gegen den ausgesprochenen Wunsch des Königs und der königlichen Staatsregierung ihren Willen lange Zeit durch und beschworen damit unendliches Unheil über Volk und Vaterland herauf.

Von der Verfassungsänderung, die wenige Wochen vor dem Zusammenbruch auf Drängen der Linken vorgenommen wurde, wollte der Kronprinz aber nichts mehr wissen, obwohl die so plötzlich und gewaltsam durchgeführte Parlamentierung durchaus in der Linie seiner eigenen Gedanken lag, die dem englischen Verfassungssystem zustrebten. Sehr richtig bemerkt er, und man kann nur Wort für Wort dieser Ausführungen unterstreichen: „Der zur rechten Zeit aus freiem Willen gegebene freiheitliche Ausbau unseres Staatswesens hätte die Krone in ihrer Stärke gezeigt und die Opposition entworfen und verpflichtet. Wenn aber jetzt die Krone vor der gewaltsamen, mit Revolution drohenden Forderung nach der neuen Verfassung zurückwich, so gab sie damit ein Zeichen ihrer Hilflosigkeit und Schwäche, das die Begehrten im Lande und außerhalb des Landes nur gierig nach größeren Erfolgen machen mußte. Hier wurde in dem Augenblicke, da eine Sturmflut im Anzuge war, ein Damm niedergelegt — weil man glaubte, die ankommenden Riesenwogen durch Begräumen der Hindernisse besänftigen und glätten zu können. Wahn! Preisgegeben hat man alles, was hinter dem Damm stand, mit den Entschlüssen in Spa, die Staatsgewalt ohne jeden Vorbehalt den „auf das Ganze“, auf den Umsturz hinarbeitenden Parteien der äußersten Linken ausgeliefert.“

Die grundsätzliche Stellung des Kronprinzen gegenüber der Sozialdemokratie kommt in folgenden Worten klar zum Ausdruck: „Die Sozialdemokratie als Vertreterin großer Teile der von Parteiorganisationen straff zusammengefaßten Arbeiterschaft mußte, soweit ihre politischen und wirtschaftlichen Bestrebungen sich irgend in das auf Grund seines geschichtlichen Bestandes weiter zu entwickelnde Staatswesen einreihen ließen, unbedingt und ohne Verkenntung oder drohende Beschränkung des Möglichen berücksichtigt werden — aber die Regierung brauchte und durfte sich trotzdem von ihr nicht in allen Unternehmungen treiben und drängen lassen.“ Dieses Sichtweisen und Drängen lassen war aber gerade das Kennzeichen der Politik des Reichstagsführers Bethmann-Hollweg, der es beinahe auch immer als ein besonderes Verdienst der sozialdemokratischen Partei pries, daß sie zu Beginn des Krieges sich zur Mitarbeit stellte. Wie der Kronprinz demgegenüber sehr richtig bemerkt, hätten die Arbeitermassen in den Augusttagen ihre Führer einfach hinweggeschafft, wenn sie sich etwa gegen ein Mitmachen ausgesprochen hätten.

Es sind dies Ansichten, die man nur durchweg unterschreiben kann, wobei man immer und immer wieder betonen muß, daß der Kronprinz sie nicht früher, als es noch Zeit war, selber zur Geltung brachte. All die Klagen, die so oft von der Tribüne des Reichstages und sonst in der Öffentlichkeit von Wassermann und anderen liberalen Führern erhoben worden waren, verhallen ungehört im Winde und so stieg und stieg die rote Flut, denn der Glaube an die Gerechtigkeit der Regierenden war ihnen aus der Seele gerissen. Da hatten es gewissenlose Agitatoren dann leicht, für ihre Ideen des Umsturzes dann Freunde zu werden.

Als Nährboden für alle jene Faktoren, die namentlich in den letzten 1 1/2 Jahren des Krieges aufwucherten, bezeichnet der Kronprinz die ungenügende Versorgung und Versorgung der Heimatmenschen. Und an dem unendlichen Verlangen der Heimat gibt er weniger den Menschen Schuld, die für das Vaterland durch Jahre ehrlich gebungert und geduldet hatten, als jenen, die berufen waren, pflichtmäßig für eine bessere Versorgung und für eine gerechte Verteilung des Vorhandenen zu wirken. Schließlich auch jenen Männern, der Reichsleitung, die, als sie das Verlangen der vorhandenen Kräfte erkannten, nicht jene Stelle schufen, deren Inhaber mit ungebundenen Kräften, und über alle Hemmungen und Schwierigkeiten der alten verfallenen Amtswegs, die nötigen Maßnahmen mit diktatorischer Gewalt durchsetzen konnte.

Diese Ausführungen sollen, wie der Kronprinz ausdrücklich hervorhebt, den Linksradikalismus und seine Freiheiten, seine parteiliche Kriegsgewinnlerpolitik ganz und gar nicht von der unfühbaren Witschuld entlasten, die er am eifrigsten Zusammenbruch unseres über vierjährigen Heldenkampfes hat. Es soll ihm allein zugeben, daß Seelen nur gefangen werden können, wenn Umstände sie mürbe und gefügig für den Fiskus eines gewissen Seelenjägers machen — und daß die Stellen, die das Volk mit geistiger und leiblicher Kraft hätten speisen, die es vor dem Verfall seines Siegerwillens, seines nationalen Geistes und seiner gefunden Körper hätten sichern sollen, ihm leider Wegbereiter und Helfer gewesen sind.

Manche der Ausführungen des Kronprinzen, die die äußere und innere Politik so klar kennzeichnen, sind, wie der Verfasser an seiner Stelle gesteht, posthume Erwägungen und Einsichten. Dies Geständnis ehrt nur die Person des Kronprinzen und macht die ganze Darstellung sympathischer. Im innerem Wert verliert das Buch dadurch nur wenig, denn die Wahrheit erkennen und mutig aussprechen, ist stets ein Verdienst und niemals zu spät. Wie viele Politiker und Staatsmänner gibt es demgegenüber, die heute noch in den Gedankengängen befangen sind, die zu einem guten Teil Schuld an unserem Zusammenbruch waren. Mögen sie alle das Buch des Kronprinzen mit Aufmerksamkeit durchlesen und seine Mahnung zur Einigkeit befolgen, dann wird es bald besser um Volk und Vaterland bestellt sein.

Lloyd Georges zweite Unterhausrede.

London, 26. Mai. In der Fortsetzung seiner Rede stellte Lloyd George an Cecil die Frage, ob er Amerika zur Haager Konferenz bringen könnte und fügte hinzu: Wenn er das kann, so werden wir entzückt sein, denn wir wünschen Amerika dort zu sehen. Auf die Tatsache anspielend, daß Cecil eine sozialistische Zeitung liest, die sagte, England habe die Neutralität schlecht behandelt, sagte Lloyd George: Tatsächlich war Branting Mitglied gerade jener Subkommission, die Ziele für Ziele das Dokument aufsuchte, das zum 11. Mai führte. (Beifall.) Die Vertreter der Neutralen, gewählt von den neutralen Mächten, waren selbst bei jenen privaten Besprechungen zugegen, welche Cecil so streng tabelte, und diese Vertreter der Neutralen leisteten dabei gute Hilfe.

Dann ging Lloyd George auf die Rede Aquiths ein und sagte: Aquith habe alles verdommt, was die Regierung getan habe. Was würde er, Aquith, getan haben? (Ironische Jurufe: Wait and see? d. h. abwarten (der Ablehnungsausdruck Aquiths).) Er würde natürlich Amerika auf seiner Seite gehabt und zur selben Zeit die Reparationsfrage geregelt haben, würde überhaupt alles und jedes in Ordnung gebracht haben, ohne Zweifel! Aber was meinte Aquith? Amerika sei eingeladen worden und wäre nicht gekommen, Frankreich hätte sich geweigert, die Reparationsfrage zu diskutieren. Was würde dann Aquith getan haben? (Kommorisch unterbrach: Er würde ohne Frankreich vorgegangen sein.) So, antwortete Lloyd George, so, er würde die Beratung der Reparationsfrage ohne Frankreich fortgesetzt haben. Das ist in der Tat eine Politik der Aufrechterhaltung der Entente, Frankreich dorthin einzuladen und dann zu sagen, man würde auch ohne es vorwärtsgehen. Das ist allerdings der richtige Weg, um das Bündnis und die Freundschaft mit Frankreich zu verstärken (Beifall); das ist wirklich charakteristisch für das Gerede, das hier umgeben (lauter Beifall). Vor allem werden wir beurteilt, weil wir aus einleuchtenden Gründen mit gewissen von Frankreich gemachten Vorschlägen nicht übereinstimmen. Frankreich ist ein unabhängiges Land! England ist es auch! Wir müssen jeder unsere eigenen Gesichtspunkte ohne Furcht vorbringen. Wir sind nie immer zu einem Abkommen gelangt, aber man wird nur dann zu einem Abkommen gelangen, wenn man über alles freimütig diskutiert, jeder vollkommen frei und unabhängig seinen Gesichtspunkt herausstellt. Amerika wäre nicht gekommen, selbst wenn Aquith es eingeladen hätte. Frankreich würde die Reparationsfrage nicht diskutiert haben, selbst wenn Aquith an der Spitze der Regierung gestanden hätte. Frankreich hätte in dieser Hinsicht eine klare und bestimmte Politik. Was würde denn Aquith getan haben? Hätte er etwas gesagt, daß England über den Frieden mit Russland nicht reden wolle, bis es die Reparationsfrage mit Deutschland geregelt habe und bis Amerika in Genua wäre? Wenn das die richtige Politik war, warum ist das nicht erklärt worden, bevor wir nach Genua gingen? Was soll oder in der Zwischenzeit geschehen? Soll man niemals mit Russland Frieden machen, bis man die anderen Fragen geregelt hat?

Lloyd George fuhr fort: Ich bin ganz und gar für die Regelung der Reparationsfrage, aber man kann die Reparationsfrage nicht regeln, ohne die Zustimmung Frankreichs auf seiner Seite zu haben. Man kann dahin nicht kommen, wenn man den Versailler Vertrag bespöttelt und erklärt, daß man vorwärtsgeht, ob man nun Frankreich auf seiner Seite hat oder nicht. (Beifall bei den Ministerstühlen.)

Zum Schluß sagte Lloyd George: Aquith hat die Genuefer Konferenz behandelt, wie wenn sie bereits fertig wäre. Tatsächlich aber werden die praktischen Schwierigkeiten und Anregungen der Konferenz Gegenstand der Untersuchung von Sachverständigen sein. Lord Robert Cecil hat erklärt, was nach seiner Ansicht getan werden sollte, und hat gesagt: Sie müssen feststellen, ob diese Leute das Eigentum wiederherstellen werden. Das ist genau dasjenige, was wir tun wollen. Ich hoffe, daß Cecil seine Ansicht nicht ändern wird, und seine eigene Rede nicht vorlesen und uns aus härteste deswegen verurteilen wird, daß wir es getan haben. Cecil handelt im allgemeinen so, wie er heute getan, wenn er in einem Atemzuge empfiehlt, mit Frankreich zu einem vollständigen Einverständnis zu gelangen und in einem zweiten Atemzuge anruft, wir sollten uns bei jedem fundamentalen Vorschlage in Widerspruch zu Frankreich setzen. Kennworthy unterbricht: Das wünschen Sie so gerade. Lloyd George antwortete mit Nachdruck: Ich möchte mit der französischen Demokratie zusammenarbeiten und wünsche sehr ernsthaft, daß Frankreich und England überhaupt zusammenarbeiten sollten, aber wir müssen für den Frieden Europas zusammenarbeiten.

ten. Nach diesem Grundsatz und für diese Ziele sollten wir mit ganzem Herzen ebenso mit der französischen Demokratie zusammenarbeiten, wie wir zusammenarbeiteten bei der Verteidigung Europas gegen den Angriff Deutschlands." (Lauter Beifall.)

Der Eindruck in Paris.

Berlin, 27. Mai. Wie aus Paris gemeldet wird, hebt der „Temps“ in einem Kommentar zu der Rede Lloyd Georges im Unterhaus hervor, die Rede habe vielleicht die parlamentarische Lage in Europa gebessert. Das Blatt weist Lloyd Georges Anspielung auf die „Demokratie Frankreichs“, mit der er gern zusammenarbeitete, als eine Einmischung in die innere französische Politik scharf zurück.

Englische Pressestimmen.

London, 26. Mai. (Wolff.) Zur Rede Lloyd Georges im Unterhaus schreibt die „Times“, die Betrachtung zeigt, daß die Konferenz von Genua ein Fehlschlag war. Lloyd George habe eine befriedigende Erklärung abgegeben, daß das Zusammenwirken mit Frankreich eine der Säulen des europäischen Friedens ist.

Der „Daily Herald“ schreibt: Solidarität mit Frankreich war das Hauptthema der verhängnisvollen zweiten Rede Lloyd Georges, Solidarität mit der Regierung, die Genua zum Scheitern brachte und die auch die Haager Konferenz zum Scheitern bringen wird. Solidarität mit einer Regierung, deren Reparationspolitik eine Bedrohung des Friedens war und bleibt und ein Hindernis für den Wiederaufbau Europas. Wir wissen jetzt, wo Lloyd George steht. Er steht jederzeit dort, wo Poincaré ihm zu stehen befehlt. Europa wird keinen Frieden finden, bevor Großbritannien einen Premierminister hat, der sich nicht vor Poincaré fürchtet.

Die „Daily News“ schreibt, die geistigen Äußerungen Lloyd Georges erschienen im Bereiche zu seinen früheren Äußerungen fast farblos im Ton. Lloyd George habe in Genua während der ganzen Zeit eine verlorene Schlacht gekämpft. Die Konferenz mußte fehlschlagen und zwar deshalb, weil die vitale Frage der Reparationen von der Konferenz ausgeschlossen war. „Daily Telegraph“ schreibt, daß Ziel der Genuefer Konferenz sei, wie Lloyd George hervorzuheben habe, nicht vorhanden. Das zweite Kapitel, die Haager Konferenz, müsse noch aufgeschlagen werden. Es seien jedoch die Fundamente gelegt worden und mit Wohlwollen auf allen Seiten könne das große Gebäude der europäischen Eintracht und des europäischen Vertrauens langsam errichtet werden.

Poincaré geht nach London.

Berlin, 27. Mai. In Paris wird eine offizielle Note veröffentlicht, es sei tatsächlich richtig, daß der Ministerpräsident sich am 17. und 18. Juni nach London begeben wolle, um einer privaten Einladung Folge zu leisten. Die Note sagt nicht, ob eine Zusammenkunft mit Lloyd George stattfinden werde.

Japan in Sibirien.

Paris, 26. Mai. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Washington wurde gestern von einer amerikanischen Seite erklärt, die amerikanische Regierung würde es liebhaft begrüßen, wenn Großbritannien auf Japan einen freundschaftlichen Druck ausübte mit dem Ziel der Zurückziehung der japanischen Truppen aus Sibirien. Die Regierung stehe auf dem Standpunkt, daß Japan sich durch die Erklärungen seiner Delegierten auf der Washingtoner Konferenz auf diese Zurückziehung festgelegt habe. In Washington geht nach dem genannten Blatt die allgemeine Ansicht dahin, daß England dem amerikanischen Wunsch gern nachkommen werde.

Die Lage in Bulgarien.

Warschau, 26. Mai. „Kurier Warszawski“ schreibt über die Lage in Bulgarien: Bulgarien hat große Sorge wegen des Generals Wrangel; es wurde zwar keine Republik proklamiert, auch hat der König Boris Sofia nicht verlassen. Stambulski lehnte aus Genua zurück und nahm das Steuer der bulgarischen Regierung in seine feste Hand. Man darf aber nicht vergessen, daß General Wrangel in Bulgarien ungefähr 20 000 Soldaten, die gut bewaffnet sind, und die den Kern der Befreiungsarmee bilden, besitzt. In der letzten Zeit haben russische Generale in Bulgarien, Südrussland und Rumänien Vorbereitungen getroffen zum Kampf gegen Somolet-Moskau. Im Hotel Continental in Sofia wurde ein Geheimbüro des Nachrichtendienstes, wo der Kampf gegen die Sowjets vorbereitet wird, entdeckt. Diese Revision hat die Wrangelreise aufs äußerste erregt und der General selbst hat ein stammendes Telegramm an den bulgarischen Ministerpräsidenten geschickt, welches die bulgarische Regierung des Betrugs der Dankbarkeitsgefühle gegen Russland beschuldigt. Doch dieses Telegramm macht auf den bulgarischen Ministerpräsidenten keinen Eindruck. Es scheint, daß es der Sowjetregierung gelungen ist, durchzusetzen, daß sämtliche Regierungen die weißrussischen Offiziere ausweisen werden.

Entwaffnung der Wrangel-Armee.

Berlin, 27. Mai. (Von unj. Berl. Büro.) Der in Bulgarien befindliche Rest der Wrangelarmee, etwa 30 000 Mann, ist von den bulgarischen Truppen entwaffnet worden. Der ganze Wrangelstab wurde festgenommen und die meisten Offiziere sind nach Konstantinopel ausgewiesen worden.

Pilsudski in Bukarest.

Berlin, 27. Mai. (Von unserem Berliner Büro.) Der polnische Staatschef Pilsudski wird in Begleitung des polnischen Außenministers Sturmant am 8. Juni zu vierstägigem Aufenthalt in Bukarest eintreffen. Die Reise hängt mit dem Ausbau des rumänisch-polnischen Freundschaftsverhältnisses zusammen.

Aus dem besetzten Gebiet.

Ein Treuebekenntnis zum Reich.

Kreuznach, 26. Mai. Die Sozialdemokratische Partei, die Demokratische Partei, die Zentrumspartei, die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationale Volkspartei für den Stadtbezirk Kreuznach erlassen folgende Kundgebung: Die in letzter Zeit ergangenen Kundgebungen aller politischen Parteien des Rheinlandes gegen die Vorkriegsbestrebungen haben wohl der kleinen Zahl von Verrätern und ihren Hintermännern die Augen darüber geöffnet, daß die ganze rheinische Bevölkerung einig ist in der Abwehr dieser verächtlichen Wucherschaften. Auch die unterzeichneten Parteien Kreuznachs und seines Kreises halten es für ihre Pflicht, öffentlich zu erklären, daß sie in Treue an Deutschland und Preußen festhalten und alle Bestrebungen, die auf eine Losrennung der Rheinlande hinarbeiten, den nachdrücklichsten Widerstand entgegenzusetzen entschlossen sind. Nur diejenigen, die nicht alle werden können auf die Vorspiegelungen der Sonderbündler hereinfallen, die der Bevölkerung in einer rheinischen Republik größere politische Freiheit, steuerliche Erleichterungen und eine Besserung der wirtschaftlichen Lage versprechen. Der Hinweis auf die Verhältnisse im Saargebiet genügt, um zu zeigen, was von derartigen Versprechungen zu halten ist. Eine Loslösung unserer Heimat von Deutschland wäre gleichbedeutend mit einer wirtschaftlichen Katastrophe, von der alle Schichten der Bevölkerung in gleich verhängnisvoller Weise betroffen würden. Alle Versuche, uns von Preußen und Deutschland zu trennen, werden an der Treue und dem geschlossenen Willen der Rheinländer scheitern.

Die wirtschaftliche Lage versprechen. Der Hinweis auf die Verhältnisse im Saargebiet genügt, um zu zeigen, was von derartigen Versprechungen zu halten ist. Eine Loslösung unserer Heimat von Deutschland wäre gleichbedeutend mit einer wirtschaftlichen Katastrophe, von der alle Schichten der Bevölkerung in gleich verhängnisvoller Weise betroffen würden. Alle Versuche, uns von Preußen und Deutschland zu trennen, werden an der Treue und dem geschlossenen Willen der Rheinländer scheitern.

Vom Reichstag.

Berlin, 27. Mai. (Von unserem Berliner Büro.)

Die gestrige Reichstagsitzung dauerte ganze 1 1/2 Stunden. Man fand gestern ausnahmsweise keine Lust am Debattieren, denn der politische Schwerpunkt lag außerhalb des Plenums. Die paar kleinen Anfragen waren schnell erledigt und die Interpellation Hergt über die Schuldenfrage kam nicht zur Besprechung, da die Regierung, die ungenügend dringlicheren Gesetzen in Anspruch genommen ist, erklärte, zu einem späteren Termin zu antworten gedente. Zum ersten Male in der Reichstagsgeschichte wurde unter den Kommunisten noch die frühe Genugtuung, daß einmal wirklich und wahrhaftig zwei seiner gemeinlich nicht diskutierbaren Anträge zur Annahme gelangten, die allerdings mit der hohen Politik nichts zu schaffen hatten, sondern nur die Regelung häuslicher Angelegenheiten betrafen. Eine ganze Folge kleiner Gesetzentwürfe wurde schließlich zum größten Teil schon in der dritten Lesung und durchweg ohne Debatte verabschiedet. Heute soll mit der dritten Lesung des Reichshaushaltgesetzes begonnen werden.

Berlin, 26. Mai. Im Haushaltsausfluß des Reichstages wurde nach längerer Aussprache zum Haushalt des allgemeinen Beschlusses eine Entschärfung angenommen, nach der die Reichsregierung die erforderlichen Schritte tun soll, um die Wehrmacht auszubilden, die im Jahre 1919 im Grenzschutz an Kampfbereitungen teilgenommen haben, bei Besetzung der Dienstzeit im Sinne des Offizierspensionsgesetzes und der Militärversorgungsgesetze dieses Jahr als Kriegsjahr doppelt an gerechnet wurde. Auch soll dem Wehrmachtsgeld, die bei ihren Truppendienst im Jahre 1919 bei dem Rückzug aus der Ukraine nach an Kämpfen teilgenommen haben, dieses Jahr ebenfalls als Kriegsjahr doppelt angerechnet werden. Es folgte die Beratung über die Stellungnahme des Ausschusses zu einer Aktion für verschiedene Versicherungsanstalten, worüber sich eine längere Aussprache entspann. Eine Beschlußfassung erfolgte jedoch noch nicht, da die einzelnen Fraktionen erst Stellung nehmen wollten.

Vom Reichsrat.

Berlin, 26. Mai. Der Reichsrat erklärte sich in seiner heutigen Sitzung mit den Reichstagsbeschlüssen zum Gehaltsausfluß über die Autonomie der Reichsbank und der Verwaltung der Geltungsbereich der Reichsbankordnung einverstanden. Weiterhin wurden verschiedene Änderungen zum Renteversicherungsgesetz beschlossen. Die Grenze für die Wehrleistungspflicht wurde auf 60 000 Mk. erhöht. Die Wehrleistungspflicht von 8 auf 14 Tage erweitert. Wehrhilfe und Wehrbüchse sollen nunmehr in je einem besonderen Gesetz geregelt werden. Der Wehrbüchse wurde der einmalige Beitrag zu der Einzahlungskosten auf 250 Mk. erhöht.

Der deutsche Botschafter bei Harding.

Newport, 26. Mai. Durch Funkpruch. Der deutsche Botschafter Wiedfeld ist gestern in Washington vom Botschafter Harding empfangen worden, welcher dem Botschafter auf seine Ansprache erwiderte: Ich begrüße die Erklärung, daß Ihre Bemühungen darauf gerichtet sein werden, die wirtschaftlichen und geistigen Beziehungen, die zwischen dem deutschen und amerikanischen Volke bestanden zu pflegen und zu kräftigen. Ich werde sehr glücklich sein, mit Ihnen zur Erreichung dieses Zieles zusammenzuarbeiten. In dem Bewußtsein, daß das gemeinsame Interesse der beiden Nationen am besten durch gegenseitiges Vertrauen gefördert wird. Ich bitte Sie, dem Oberhaupt des Deutschen Reiches meine ausgezeichnete Wertschätzung und meine herzlichen und guten Wünsche für das Wohl der Republik zu übermitteln.

Deutsches Reich.

Die Not der Zeitungen.

Berlin, 27. Mai. (Von unserem Berliner Büro.) Die „Zentrums-Parlaments-Korrespondenz“ knüpft an die neuerlichen Ausführungen des Wirtschaftsministers Schmalz an, wo er mitteilte, daß die Absicht der Regierung, die Ausfuhrerlöse der Zellstoff- und Druckpapierindustrie zur Verbilligung des Zeitungspapiers heranzuziehen, am Widerstand der Außenhandelsstelle gescheitert sei.

Das offizielle Organ des Zentrums bemerkt mit Recht: Wie ist es möglich, daß eine nachgeordnete Stelle fürgerade Beschlüsse des Kabinetts als undurchführbar ablehnt? Wären wir nicht, wenn alle nachgeordneten Stellen, die solche Praxis betreiben? Wir sind der Meinung, daß das Reichskabinett die Weigerung der Außenhandelsstelle nicht scharf genug verurteilen kann. Wir hoffen, daß die Reichsregierung, die die große Not der Presse kennt, ihre Versprechungen in die Tat umsetzt.

Berlin, 27. Mai. (Von unserem Berliner Büro.) Der große Prozeß Knasch dürfte voraussichtlich erst nach den Sommerferien verhandelt werden. In den kommenden Wochen wird allerdings auch nach dem Prozeß Knasch verhandelt werden, handelt es sich aber nur um Pfandschein-Fällungen.

Berlin, 27. Mai. (Von unj. Berliner Büro.) Dr. Wiedfeld, der deutsche Gesandter in Moskau, ist, wie bekannt, gestern in Berlin eingetroffen zu Besprechungen über die künftige Durchführung des deutsch-russischen Vertrages, auch Krosjkin soll gestern in Berlin eingetroffen sein.

Vom Metallarbeiterstreik.

Vor der Wiederaufnahme der Arbeit in der Metallindustrie.

Das Ergebnis der Urabstimmung der Metallarbeiter ist noch nicht bekannt. Doch rechnet man mit einer Annahme der neuen Einigungsvorschläge. Die Arbeiter, die auf dem morgigen für die Vorbereitung der Arbeit in den Metallbetrieben waren, sind vollständig an den Arbeitsstätten erschienen und haben die Arbeit pünktlich aufgenommen.

Beendigung des württembergischen Metallarbeiterstreiks.

Stuttgart, 27. Mai. Die Abstimmung unter den Metallarbeitern der Metallindustrie Württembergs hat zur Annahme der Einigungsvorschläge geführt. Die Arbeit ist also am Montag wieder aufgenommen worden.

Sitzung des Bürgerausschusses

am Freitag den 26. Mai 1922.

Mitteilung des Oberbürgermeisters über die Wegführung der Schloßmöbel. — Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise. — Erhaltung und Ergänzung der Bühnenaussstattung des Nationaltheaters.

Trotz kleiner Tagesordnung dauerte die gestrige Bürgerausschusssitzung drei Stunden. Im Mittelpunkt der Beratungen stand, wie zu erwarten war, die Straßenbahn. Vor Eintritt in die Tagesordnung nahm, wozu die neue Geschäftsordnung berechtigt, Oberbürgermeister Dr. Rucher das Wort zu längerer Mitteilungen über die Möbelwegführung aus dem Schloß. Die Ausführungen waren, wie dem nachfolgenden Sitzungsbericht entnommen werden kann, streng sachlich gehalten, vertraten dabei aber mit Nachdruck den Standpunkt der Stadtoberverwaltung und damit aller derjenigen, in denen heute noch die Empörung über das brisante Vorgehen des Finanzministeriums nachglüht. Das Kollegium gab wiederholt seine Zustimmung zu den Ausführungen des Vorsitzenden zu erkennen. Eine Aussprache knüpfte sich geschäftsordnungsmäßig nicht daran. Es bleibt nunmehr abzuwarten, was die Regierung tun wird. Von ihrem Verhalten in dieser Frage hängt das Verhalten der Stadt Mannheim ab. Die Stadtoberverwaltung hat erneut unter dem Beifall des Kollegiums die Forderung erhoben, daß die Einrichtungsgegenstände, die bisher requiriert wurden, wieder zurückgebracht werden, soweit sie zur Einrichtung der Räume, die die Stadtoberverwaltung beansprucht, benötigt werden. Darauf wird die Regierung klar und deutlich zu antworten haben. Von dieser Antwort wird zugleich das fernere Verhältnis zwischen der Stadt Mannheim und den Karlsruher Regierungsgewalten abhängen. Das Ministerium hat die gütlichste Gelegenheit, durch eine lokale, entgegenkommende Stellungnahme die dringend wünschenswerte Entspannung herbeizuführen.

Die Straßenbahndebatte, die sich in gewohnter Weise wieder sehr in die Länge zog, förderte keine wesentlich neuen Momente zutage. Der stadtrechtliche Antrag wurde mit geringen Änderungen angenommen. Vom 1. Juni ab kostet die kürzeste Fahrt 3 Pf. Der Sonntagszuschlag von 50 Pf. wurde von der Mehrheit des Hauses zwar abgelehnt, aber damit ist diese unbeliebte Einrichtung noch nicht beseitigt. Der Stadtrat wird auf diese Einnahme nicht verzichten wollen, zumal bei dem sich immer mehr vergrößernden Defizit immer strenger darauf gesehen werden muß, daß die Einnahmen durch Beschlüsse des Kollegiums, die zwar an sich durchaus zu begrüßen sind, aber die finanzielle Tragweite zu wenig berücksichtigen, nicht verringert werden. Durchaus zu verurteilen ist der Beschluß, denjenigen Schülern, die die Filiale der Oberrealschule in Freudenheim besuchen müssen, auf Antrag der Eltern freie Fahrt zu gewähren. Die Mehrheit des Kollegiums stellte sich auf den einleuchtenden Standpunkt, daß die Eltern, die gezwungen sind, ihr Kind nach Freudenheim in die Schule zu schicken, weil die Hauptanstalt zu klein geworden ist, dafür nicht dazu noch bestraft werden dürfen, indem sie das Fahrgehalt für die Elektrizität aus der eigenen Tasche bezahlen müssen. Von mehrheitsentscheidender Seite wurde die Verbesserung der maschinellen Einrichtungen der Reparaturwerkstätten der Straßenbahn gefordert. Die Straßenbahnoberverwaltung scheint hier in der Tat ziemlich ins Hintertreffen geraten zu sein. Es ist klar, daß am rationellsten in denjenigen Betrieben gearbeitet wird, die auf das modernste eingerichtet sind. Von der Linken wurde ein Vorstoß gegen die Monatskarten unternommen, die die Unabhängigen ganz beiläufig haben wollten. Man stellte sich bei der Begründung auf dem Standpunkt, daß sich eine Monatskarte doch nur ein weniger leisten kann. Es liegt insoweit keine Veranlassung vor, diesen Beuten ein Geschenk zu machen. So liegt die Sache denn doch nicht. Von bürgerlicher Seite wurde mit voller Berücksichtigung darauf hingewiesen, daß zu den Regartertsinhabern auch zahlreiche Angehörige des Mittelstandes gehören, die eine Verknüpfung bei der Benutzung der Straßenbahn durchaus vorzuziehen. Bei der Abstimmung über den Antrag der Unabhängigen, der die Unterstützung der Mehrheitssozialisten fand, ergab sich ein heftiger Zwischenfall. Als der Antrag mit 43 gegen 41 Stimmen abgelehnt wurde, zweifelte die Linke die Richtigkeit des Abstimmungsergebnisses an. Man hatte offenbar einen Irrtum bei der Auszählung angenommen. Der Vorsitzende sah sich insoweit geschäftsordnungsmäßig gezwungen, eine nochmalige Abstimmung vorzunehmen, die wieder die Ablehnung, diesmal mit einer Stimme Mehrheit, ergab. Die Zahl der Gegner hatte sich um einen vermehrt. Aber es langte trotzdem nicht zur Befreiung der Regarterts.

Die übrigen Gegenstände der Tagesordnung wurden ohne Ausnahme einstimmig angenommen, mit Ausnahme der Sitzung der Handelshochschule, über die man sich ein wenig unterließ. Die Vorlage, welche die Erhöhung des Zuschusses für die Hochschule für Musik von 20 000 auf 100 000 M. forderte, wurde auf Antrag des Stadtrats bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

Sitzungsbericht.

Oberbürgermeister Dr. Rucher eröffnet die Sitzung um 4.10 Uhr. Anwesend sind 70 Stadtratsmitglieder. Vor Eintritt in die Tagesordnung macht der Vorsitzende folgende Mitteilungen über die Wegführung der Möbel aus dem Schloß.

Die heimliche Entführung von Möbeln aus dem Schloß ist Ihnen aus den Zeitungen bekannt. Welche Möbel entfernt worden sind, ob darunter auch historische Stücke sich befinden, die näher in engerer Beziehung stehen, weil die früheren Aufgebote, aber ob es sich um Ankaufgegenstände jüngerer Zeit, ob es sich um kunstgewerblich bedeutsame Werke handelt, ist uns amtlich nicht bekannt, denn niemand war zugezogen, heimlich holte man die Dinge mit Lastkraftwagen weg.

Der Bürgerausschuß hat schon einmal nachdrücklich im Februar 1920 gefordert, daß das Schloß in seinem bisherigen Zustand erhalten bleiben solle und wird daher verstehen, wenn ich erinnern uns, daß das Mannheimer Schloß seine prachtvoll geordneten Wandteppiche (Gobelins) verloren hat; bei den Verhandlungen zwischen Land und Großherzog scheint man nicht daran gedacht zu haben, daß die Befassung dieses schönen Schmuckes an dem bisherigen Ort im Landesinteresse liegt und daß daher in Gabelns, soweit das Eigentum des Großherzogs unbestritten war, an das Land hätte erwirkt werden sollen.

Wir erinnern uns ferner, daß später die schönsten Möbel aus dem 18. Jahrhundert für die Diensträume des Staatspräsidenten in Mannheim erworben wurden — wiederum ohne Benachteiligung der Mannheimer Stadtkasse. Als später abermals weitere Wandteppiche zur Ausstattung in ein Ministerium nach Karlsruhe gehen sollten, gelang es noch, dies zu verhindern, und wir ermahnen die Besprechenden, nicht nur das jene erwähnten Prunkmöbel einmal wieder zurückzuführen sollen, sondern auch daß die von den Besprechenden im Schloß in Gebrauch genommenen Möbel unverzüglich beschafft werden. Vorher hatten wir die Einsetzung einer Sachverständigenkommission zur Inventarisierung der 17. 23. Mai 1919, 19. September 1919, 20. Februar 1920, 22. März 1920, 8. Mai 1920. Bei der Besprechung vom 6. Juni 1920 ist uns bekannt gemacht worden, daß eine gemeinschaftliche Besichtigung der Gabelns durch Vertreter des Staates, der Stadt und des Ministeriums stattfinden sollte; diese Besichtigung hat zwar stattgefunden und zu dem erwähnten Ergebnis geführt; eine förmliche

Bestandsaufnahme unter Würdigung durch die verlangte Sachverständigenkommission ist aber nicht erfolgt.

Die Stadt glaubte sich nun durch die Zusagen des Finanzministeriums gesichert, zumal ja die Verhandlungen wegen Freimachung des Schlosses fortgesetzt wurden; dieser Frage wurde nun das größte Gewicht beigelegt. Umso mehr überraschte und erregte uns das eingangs geschilderte Vorgehen. Zunächst muß es Erstaunen erregen, daß in Baden Kunstbesitz von dem Finanzministerium ausschließlich verwaltet wird. Das Ministerium, das die Künste fördert, also das Kultusministerium hat nichts mitzureden, wenn man aus einer Mannheimer Kirche Kunstgegenstände von bedeutender Figur weggeführt oder wenn man über das Schloß und seine Bestände verfügt. Wir haben einmal die Anregung gegeben, zu Verhandlungen über das Schloßinventar das Kultusministerium beizuziehen — die Anregung wurde aber nicht beachtet.

Dann aber muß es Erstaunen hervorrufen, daß im Volksstaat der Zusammenhang zwischen der Bevölkerung einer Stadt und den in dieser Stadt erwachsenen Gütern an Kunst und Wissenschaft so wenig gefühlt wird. Wir haben zwar hinsichtlich der staatlichen Bildersammlung und der Bibliothek Verständnis beim Kultusministerium gefunden, aber ein anderes Ministerium hält sich ohne Rücksicht auf solche Empfindungen, auf Notwendigkeiten der kulturellen Entwicklung und auf gewisse Imperponderablen nur an den starren Eigentumsbegriff. Das Finanzministerium weiß, daß die großen Säle und zahlreiche andere Räume für Zwecke unserer Kunstsammlungen, für große Veranstaltungen, wie wir längst eine gesehen haben, nutzbar gemacht werden sollen; es weiß, daß eine Einrichtung die des Raumes würdig ist, nicht fehlen darf; aber ohne Rücksicht auf solche Notwendigkeiten betrachtet es das Schloß, 2 Jahre nach jener Zusicherung, wiederum als Landesmööbelmagazin und ergänzt es ihm der Kostenersparnis wegen keinen Bedarf.

Wir müssen fordern, daß das aufhört, daß gegebene Versprechungen gehalten werden, daß die Stadtoberverwaltung, als die Vertretung der Mannheimer Bevölkerung, Gelegenheit erhält, Stellung zu nehmen, Einwendungen zu erheben oder Kompensationen zu erlangen, wenn im Schloß zu Mannheim irgend etwas geändert werden soll, sei es am Bau oder seinem Gute. Wir fordern Rückgabe der bereits dem Schloß entzogenen Werte. Die Reichsverfassung sagt in Art. 133: „Eigentum verpflichtet; sein Gebrauch soll zugleich Dienst sein für das allgemeine Beste“. An den hohen Sinn dieses Satzes möge sich auch das badische Finanzministerium bei der Verwaltung des Mannheimer Schlosses halten. (Starker Beifall.)

Gemeindebehörden über die Bildung eines gemischten beschließenden Ausschusses nach § 68 G.O.

Stadtratsbeschluss: Die vom Bürgerausschuß in der Sitzung am 5. Mai 1922 beschlossene Gemeindebehörden obigen Betreffs wird dahin geändert, daß auch der Obmann des Stadtoberordnungs-Vorstandes dem Ausschusse angehört. Die Sitzung tritt sofort in Wirksamkeit.

Sto. B. Rolf begründet und empfiehlt die Vorlage. Sto. Dr. Roedel (Ztr.) befürchtet, daß der Verwaltungsgerichtshof eines Tages den Beschluß für ungesetzlich und damit sämtliche Beschlüsse dieses Ausschusses für ungültig erklärt. Oberbürgermeister Dr. Rucher entkräftigt diese Befürchtung. Er habe „aus Ehrfurcht vor der Regierung“ diese Bedenken bereits wohl erwohnen. Die Vorlage wird gegen die Stimmen des Zentrums angenommen.

Satzung der Handelshochschule.

Die Stadtoberordneten nahmen am 22. März 1921 eine Resolution an, daß an der Handelshochschule Volkshochschule, Vortrags- und Beförderungsurse eingerichtet werden, zu deren Teilnahme die Betriebskräfte ein Vorzugsrecht haben, ferner, daß das Kuratorium aus Kreisen der Arbeitnehmer wesentlich zu erweitern sei. Auch wurde genehmigt, daß eine gemischte Kommission zu bestimmen sei, die sich mit dem Ausbau der Handelshochschule zu befassen habe. Die Kommission wurde dem Wunsch entsprechend gebildet. Der Senat unterbreitete über die „Reorganisation der Handelshochschule Mannheim“ eine Denkschrift, die dieser Kommission vorgelegt wurde. In ihr wird ausgeführt, daß die veränderte allgemeine und wirtschaftliche Lage eine Anpassung der Hochschule an diese Lage fordere. Es sei verständlich, daß die Bürgerpflicht die Ausnutzung der Hochschule für die Mannheimer Bevölkerung und insbesondere für ihre wertvollsten Kreise wünschenswert. Ein Abbau der für die Studenten wichtigen Einrichtungen würde aber zu einer Verkümmern der Hochschule Mannheim führen. Diese Einrichtungen könnten aber für die Bevölkerung Mannheims noch stärker als bisher ausgenutzt werden. Was die Satzung der Hochschule anlangt, so empfiehlt es sich u. a., im Namen der Hochschule ihre Aufgabe als Volkshochschule zum Ausdruck zu bringen; die Besucher der Hochschule sollten sich nur mehr in Studierende und Hörer gliedern.

Es wurden Vorschläge für die Umgestaltung der Satzung ausgearbeitet, von Rektor, Senat, Kuratorium und der eingangs erwähnten Kommission eingehend geprüft und erörtert und vom Stadtrat gebilligt. Die Bezeichnung der Hochschule lautet nun: Handelshochschule Mannheim, Hochschule für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Das Kuratorium ist erweitert, insbesondere werden sechs Mitglieder aus den Verbänden der Arbeiter und Angestellten berufen. In die Ausschüsse des Kuratoriums sollen auch Nichtmitglieder berufen werden können. Der Rektor wird nicht mehr auf 3, sondern auf 2 Jahre gemählt. Die Vertretung der Studentenschaft soll vom Senat gebildet werden bei Angelegenheiten, die für sie wichtig sind; auch kann das Kuratorium die Zugabe von Vertretern zu den Beratungen des Senats der Studentenschaft anordnen. Als Studierende werden neben den Personen, die ein Schulzeugnis besitzen, auch solche zugelassen, die ihre Bildung durch eine vor einer Kommission abzulegende Prüfung nachweisen. Hörern, die nachträglich die Bedingung der Zulassung als Studierende erfüllen, kann der Senat die vorher liegende Studienzeit als ordentliches Studium anrechnen.

Sto. B. Ibrüg empfiehlt die Annahme der Vorlage. — Sto. Dr. Sicking (Dem.) erklärt die Zustimmung seiner Fraktion und hebt hervor, daß durch die neuen Satzungen die Einrichtungen der Handelshochschule auf das zweckmäßigste ausgenutzt werden können. Weiter habe die Handelshochschule in Mannheim noch nicht die staatliche Anerkennung, die ihr gebührt. Zur Ausbildung von Lehrern sollte eine engere Verbindung mit dem Lehrerseminar in Heidelberg erstrebt werden, um den Staat an dieser Anstalt zu interessieren. — Sto. Godek (Deutschnat.) bedauert das Ueberhandnehmen der wirtschaftlichen Lebensauffassung, das geradezu bedrohlich genant werden müsse. Man müsse alle Institute stützen und fördern, die Kultur pflegen. Redner ist erfreut über die Volkshochschulkurse, an denen die wertvolle Bevölkerung hoffentlich regen Anteil nimmt und an denen man recht viel von deutschen Geisteshebeln (auch politischen) zu hören bekommen möge.

Sto. Rihert (Soz.) erklärt die Zustimmung seiner Fraktion. — Sto. Schramm (Ztr.) bedauert, daß in weiten Mannheimer Kreisen sehr wenig Verständnis für die Handelshochschule besteht. Bei den Volkstagen sollte in engstem Zusammenhang mit den Angelegenheiten der Handelshochschule praktische Arbeit geleistet werden. — Sto. Godek (Soz.) bemerkt zu den Ausführungen des Sto. Godek, daß die Not uns leider zwingt, das größte Gewicht auf wirtschaftliche Fragen im Rahmen der Vorträge der Handelshochschule zu legen. Erst wenn wir wieder festen Boden unter den Füßen haben, könnte man die kulturellen Befreiungen in den Vordergrund treten lassen. — Die Vorlage wird sodann einstimmig angenommen.

Erhaltung und Ergänzung der Bühnenaussattung des Nationaltheaters.

Stadtratsbeschluss: Der Anschlag unter B 4 „Erhaltung und Ergänzung der Bühnenaussattung“ des Theaterveranschlagung soll für das Spieljahr 1921/22 von 100 000 M auf 185 000 M erhöht werden. Zur Begründung wird ausgeführt, daß die für Ausstattung von Bühnenwerken im Theaterveranschlagung für das Spieljahr 1921/22 vorgesehene Summe von 100 000 M Anfang März infolge der starken Preissteigerungen für Stoffe, Farben usw. nahezu aufgebraucht war. Um den Betrieb aufrecht erhalten zu können, mußte eine sofortige Krediterhöhung vorgenommen werden. Sto. B. Ibrüg empfiehlt die Vorlage. Nach einigen Bemerkungen des Sto. Godek (Deutschnat.) wird sie einstimmig angenommen.

Erhöhung des Zuschusses für die Hochschule für Musik.

Die Vorlage wird vom Oberbürgermeister mit Zustimmung des Stadtrats zurückgezogen.

Straßenbahntarif.

Sto. Obmann Fuhs empfiehlt die vorliegenden Sätze namens des Stadtoberordnungs-Vorstandes, sowie den sozialdemokratischen Antrag auf Ermäßigung der Fahrpreise für ortsansässige Fahrgäste, die durch körperliche Gebrechen am Gehen behindert sind. — Sto. Kaiser (Ztr.) tritt dafür ein, die etwas abgelegenen Vororte bei der Reueisezung der Fahrpreise mehr als bisher zu berücksichtigen. Man müsse versuchen, in Verhandlungen mit der Großindustrie durch keine Verschiebungen der Arbeitszeit eine Entlastung des Spindelbetriebs zu erreichen. Redner begründet einen Antrag seiner Fraktion auf Ermäßigung der Preise für Schülerfahrtscheinhaber. Den Sonntagszuschlag lehnt er ab. — Sto. Trumpfeller (Soz.) bemängelt die maschinellen Einrichtungen der Straßenbahnwerkstätten und empfiehlt einen Antrag seiner Fraktion, die Fahrpreise für am Gehen Behinderte auf 170 bzw. 15 M herabzusetzen. — Sto. Dr. Jepselohn (Dem.) stimmt der Vorlage zu, da allgemeine Steuern nur im äußersten Falle für die Straßenbahn verwandt werden dürften. Seine Fraktion ist gegen die Aufhebung sowohl der Monats- als der Monatsstreckenarten und hat schwerwiegende Bedenken gegen die erhöhte Sonntagsfahrpreise. Der Redner befürwortet den Antrag seiner Fraktion auf Ermäßigung der Fahrpreise für die Schüler der Oberrealschule, die von der Stadtoberverwaltung, um den Bau einer Schule zu sparen, nach Freudenheim verlegt wurde.

Sto. Ludwig Haas (DDB.) führt aus: Es wird in der Begründung darauf hingewiesen, daß die Tarifierhöhung knapp einen Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben bringen wird. Neue Belastungen stehen in Aussicht, so daß die Vorlage schon wieder überholt ist. Mit den neuen Tarifen sind wir auf das Niveau des Friedensbetrages gekommen. Gewiß, die Ausgaben für Löhne und Material steigen fortwährend. An der Entlohnung der Bediensteten soll nicht gerüttelt werden. Aber die Begründung, daß das Material, das beschafft werden muß, ungeheuer gestiegen ist, ist nur teilweise berechtigt; denn wir haben in der Nachkriegszeit doch nicht die ungeheuren Materialanschaffungen gemacht. Ich frage aber auch, wieviel Schichten der Bevölkerung haben denn bis heute ihr Einkommen auf das Niveau der Vorkriegseinkommen erhöhen können. Ich denke vor allem an große Teile der Arbeiterklasse, ferner an Kleinwerbetreibende, Beamte, Rentner und Kriegsbeschädigte, die doch nicht im entferntesten mit der Teuerung Schritt halten konnten und heute schon unter einer ungeheuren wirtschaftlichen Not leiden. Dann treiben wir auch mit Bezug auf unsere B 2-Orte eine Bankrottspolitik. Wir haben vor dem Kriege Beamte und Arbeiter dazu bestimmt, auf die Vororte zu ziehen und trafen sie heute dafür, daß sie Folge geleistet haben. Wir befürchten sehr, daß durch die Art, die Defizite nur durch Tarifierhöhungen decken zu wollen, weitere Kreise von unserer Straßenbahn getrieben werden und wir eines Tages vor der Tatsache stehen, die Straßenbahn stillzulegen und laubstochernde Existenzen drohen zu machen zu müssen. Die Tabelle über die Fahrtenhäufigkeit redet eine ernste und eindringliche Sprache. Aus dieser Sorge heraus müssen wir die Frage stellen: Sind auch alle Mittel zur möglichsten Einsparung angewendet? Und da können wir selber nicht mit einem Ja antworten. Es halten unserem Regiebetrieb eine Anzahl Mängel betriebstechnischer Art an, die wohl erkannt sind. Man scheut sich aber, die Konsequenzen aus dieser Erkenntnis zu ziehen. Man frage vor allem den Fahrgelegenheiten Rechnung (siehe Mittwoch abend!) und nähre die Kräfte in sinnemäßer Weise aus. Es gibt Straßenbahnen, deren Struktur der unseren ähnlich ist, die aber nach anderen (privatwirtschaftlichen) Grundsätzen geleitet werden. Wir würden bei der Anpassung unseres Betriebes an jene eine Ersparnis von einigen Millionen machen. Ist also die Möglichkeit, Einsparungen zu machen, gegeben, so müssen wir unbedingt darauf dringen, zuerst diese Möglichkeiten auszunutzen, ehe wir an eine notwendige Tarifierhöhung herantreten. Die Belastung wird allmählich so ungeheuer (Wohnabgabe etc.), daß wir diese Möglichkeiten auch alle zuerst ausnützen müssen, wenn wir mit gutem Gewissen der Bevölkerung Redenshaft ablegen wollen. Wir können daher der heutigen Vorlage unsere Zustimmung nicht geben.

Sto. Meier (Soz.) wendet sich dagegen, daß nach Sandhofen 8 Tarifstrecken berechnet werden. Stadt. Sons (Dem.) hat Bedenken gegen die fortgesetzten Tarifierhöhungen und unterstützt die Ausführungen des Sto. Haas. Er begründet einen Antrag betr. Fahrtscheine für Schüler, der sich mit einem gleichlautenden der U.S.P. deckt. Sto. Binninger (U.S.P.) spricht für verschleierte Anträge seiner Fraktion, die bei fast jeder Tarifierhöhung eingebracht und aufs neue begründet werden. Sto. Mundhaas (Ztr.) warnt vor den verschiedenen Anträgen, von denen jeder eine Befreiung ist, die Verminderung des Defizits auslöscht macht. — Sto. Knobel (Dem.) tritt dem Antrage des Gemeinnützigen Vereins Sandhofen bei, daß die Vorortbewohner möglichst billig in die Stadt gelangen. Redner verwendet sich energisch für die Interessen der Vorortbewohner. Die jetzige Straßenbahnpolitik sei, wie Sto. Haas richtig bemerkt habe, eine Bankrottspolitik. Die Kinder, die die Oberrealschule in Freudenheim besuchen, müssen unbedingt Fahrgeldfreiheit genießen. Sto. Kaiser (Ztr.) tritt nochmals für freie Fahrt der Schüler ein. Sto. Bügler (Dem.) wendet sich gegen weitere Betriebsbeschränkungen. Straßenbahndirektor Böhm bemerkt zu den verschiedenen Anträgen, daß sie alle dazu angetan seien, vermehrte Einnahmen zu bringen. Dagegen müsse er sich entschieden wenden. Man sei jetzt ziemlich an der Grenze des Sparens, soweit das Personal in Frage kommt.

Reber die Stadtratsvorlage wird getrennt abgestimmt. Der Vortarif wird gegen die Stimmen der Liberalen angenommen. Der Antrag der U.S.P. zu Abf. A 2 wird abgelehnt, der Stadtratsantrag gegen die Stimmen der U.S.P. und Kommunisten angenommen. Der demokratische Antrag über die Wochenfahrtscheine der Schüler nach Freudenheim wird gegen die Stimmen der U.S.P. genehmigt. Ein Antrag des Zentrums wird abgelehnt. Der stadtrechtliche Antrag wird gegen die Stimmen der Liberalen abgelehnt. Ziffer 4 wird mit großer Mehrheit angenommen. Zu Ziffer 5 wird der U.S.P.-Antrag auf Streichung der Monatskarten mit 43 gegen 41 Stimmen abgelehnt. Bei Abf. B, der den Fahrpreis

Bewahren Sie Ihre und Ihrer Kinder
Zähne vor dem Verfall, indem Sie nur
Dr. Bahrt's **Zahnpulver „Nr. 23“**
anwenden. — Jede echte Packung trägt Dr. Bahrt's Namenszug. 539
Drog.: H. Geyer, Mittelstr. 60; Drog.: H. Merckle, Gontardplatz 2; Drog.:
P. Becker, am Speisemarkt; Schloß-Drog.: L. Büchler; Drog.: E. Huppertz,
Schwetzingerstr. 26; Drog.: Ludwig & Schiltheim.

Unübertroffene Qualität

ist das Merkmal der

HALPAUS-CIGARETTE

RARITÄT-SPECIAL
RARITÄT-EXTRA
RARITÄT-DELIKAT
RARITÄT-LUXUS

Offene Stellen

Ingenieur

als Statiker für Leitungsaufbau- und Konstruktionen von elektrischen Hochspannungs-Überleitungsanlagen für möglichst sofort einen, später gerufen.
Verlangt werden umfassende Erfahrungen auf Grund längerer Praxis, selbständiges und kofertes Arbeiten.
Desgleichen suchen wir für die ständige Abfertigung einen tüchtigen und arbeitsfreudigen

Zeichner

Angebote mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften, Aufzählung von Referenzen und Angabe des frühesten Eintrittstermins erbeten an
Brown, Boveri & Cie., A.-G.
Abteilung Installationen
Mannheim - O 4, S. 9.

Hiesige Bank sucht zum eventuell sofortigen Eintritt einen tüchtigen und gewissenhaften

jüng. Beamten

für die Konto-Korrent-Buchhaltung und die Kasse.
Angebote mit Referenzen unter V. N. 163 an die Geschäftsstelle ds. Bl. 5228

Junger Techniker

mit Werkstattpreis für das Betriebsbüro unseres Werkes zum baldigen Eintritt gesucht. Angebote mit Zeugnisabschriften, Gehaltsansprüchen und Angabe des frühesten Eintrittstermins sind zu richten an

H. Fuchs, Waggonfabrik A.-G.
Heidelberg.

Jüngerer, fremdsprachlicher Korrespondent oder Korrespondentin

mit guten italienischen und spanischen (evtl. auch portugiesischen) Sprachkenntnissen, die nicht im Auslande erworben sein müssen, von größerer Reife und Selbstständigkeit. Bei sofortiger Aufnahme. Bedingungen: Wachstumschreiben, Bescheinigungen über Tätigkeit der üblichen Referenzen erbeten unter M. N. 659 an die Geschäftsstelle des Blattes. 547

Einige junge Leute

die mit Buchhaltungsarbeiten beschäftigt sind, von einer hiesigen großen Versicherungsgesellschaft gesucht.
Angebote unter S. O. 97 an die Geschäftsstelle ds. Blattes. *2869

Diesel Spezial-Monteur gesucht

Bevorzugt werden solche, welche mit Benz-Diesel- und Hochdruckmotoren vertraut und Reparaturen selbstständig u. unbedingt zuverlässig ausführen können. Auswärtige Angebote erbeten an

Reiz-Motoren u. Maschinen-Vertrieb
G. m. b. H., Würzburg.

2 tüchtige erste Verkäuferinnen

bei Zahlung weit über Tarif. Gute Stelle werden sofort Zeugnisse, Bild und Gehaltsanfrage an uns gelangen lassen. Wohnung wird auf Wunsch besorgt.

Gasser & Hammer, Freiburg i. B.

Subverfänger

Küfer

für Lagerarbeiten in Dauerstellung per sofort gesucht. Angebote mit Zeugnisabschriften beifügen unter R. M. 663 Rud. Wesse, Mannheim.

Pfledbursche

leblich, erfahren in Pferde-, Weid- u. Wagenspinnerei, per sofort gesucht. 23021

Gesucht zum sofortigen Eintritt von

Schiffahrts- und Speditionsgeschäft

Lehrling

mit guter Schulbildung. Angebote erbeten unter V. T. 169 an die Geschäftsstelle ds. Bl. 2345

Ein Mädchen

das Kochen kann und sonstige Hausarbeit übernimmt, für kleinen Haushalt gesucht.
Vorstellen bei **Mayer,**
Lettelstraße 29, III.

Schuhbranche

Expedient u. Fakturist

gesucht. Eintritt mögl. 1. Juni 1922. *2931

„Frika“ Schuhfabrik

Alphornstrasse 13.

Jüngere tüchtige Stenotypistin

von größerer hiesiger Firma in gute dauernde Stellung gesucht.

Nebenbeschäftigung. Perfekte Stenotypistin

für zwei Stunden täglich nach 5 Uhr gel. Ausführl. Angebote mit Gehaltsansprüchen unter Q. W. 62 an die Geschäftsstelle ds. Blattes. *2772

Zum Eintritt spätestens 1. Juli, möglichst früher, tüchtige Stenotypistin

mit Erfahrung in vorkommenden Büroarbeiten, gewandt und zuverlässig, von Firma der Metallindustrie gesucht. Oefl. ausführl. Angebote erb. unter U. U. 145 an die Geschäftsst.

Tüchtige Schneiderinnen

und Hilfsarbeiterinnen sofort gesucht. Näheres in der Geschäftsstelle dieses Blattes. *2850

Mädchen

für Kaffee-Küche und Hausarbeit sof. gesucht. Konditor u. Café Scherer P 2, S. 9. 2901

Erfahr. Geschäftsmann

blüh. Lebensmittelfahr. sucht wegen Aufgabe seines Geschäfts Vertrauensposten. Position in jeder Höhe, würde sich auch als tätiger Teilnehmer mit 50 000 Mk. Einlage betätigen. Angebote unter S. R. 7 an die Geschäftsstelle. *2988

„Pfälzer Sonntag“

Eine Sonntags-Zeitung für den 28. Mai * 28. Mai * Druck-Verlag der Preis Mk. 3.- Drucker Dr. Haas

Dieselbe enthält eine Sammlung von Aufsätzen über kulturelle und wirtschaftliche Fragen der Pfalz aus der Feder hervorragender Pfälzer Gelehrten, Schriftsteller u. Wirtschaftler.

Die gesamte Einnahme (abzgl. der Verkaufspromission) fließt in die Kasse des Mannheimer Verkehrs-Vereins zu Gunsten der Veranstaltungen.

Verkaufsstellen:

- Verkehrs-Verein, Rathausbogen 47-48
- Geschäftsstelle des „Mannheimer General-Anzeiger“ 2, 6, 2 und
- Zweigstelle Waldhofstr. 6
- Zigarettenhandlung Holz, Lattorf, Wartehaus der Elektrischen
- Zigarettenhandlung Hoffmann, M 1, 1 und O 6, 6
- Moritz Herzberger, D 2, 8
- Ludwigshafen:
- Fr. Bender, Bahnhofsbuchhandlung
- H. Daub, Zeitungsfloß am Marktplatz
- sowie bei unfernen ständigen Verkäufern.

Tüchtiger junger Chauffeur

Suchmann mit Zeugnis, sucht Stellung als Ausfuhrer für Sonntags. Angebote unter S. V. 11 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Lehrstelle - Gesuch.

Sache für meinen Sohn aus achtbarer, guter Familie. Lehrstelle als Mechaniker, Elektromechaniker od. Elektromechaniker. Angebote erbeten unter S. W. 12 an die Geschäftsstelle ds. Bl. *2908

Fräulein

aus gut. Hause, möchte für nachmittags zu Assistieren. Angebote unter Q. Y. 64 an die Geschäftsstelle. *2777

Alleinmädchen

welches auch etwas kochen kann, zu kleiner Familie bei hohem Lohn u. guter Behandlung für sofort evtl. später gesucht. Vorstellungen zwischen 6 u. 8 Uhr abends. *2951

Tüchtige Monatsfrau

gesucht. Rheinstr. 6, III. r.

Stellen Gesuche

Verkaufsstelle

Verkaufsstelle

Verkaufsstelle

Verkaufsstelle

Verkaufsstelle

Verkaufsstelle

Geschäfts-Haus

in Beckstraße der Innenstadt mit geräumig. Boden, Parkett u. Tor-einfahrt u. freierliegender Wohnung.

Geschäfts-Haus

in einem vorz. Wohnheim, mit groß. Hofeinfahrt u. Fabrikationszwecken geeignet und freierliegend.

Geschäfts-Haus

mit angebaute Zigarettenfabrik, kann ca. 100 Arbeiter aufnehmen, in Nähe Schweigen.

Anwesen

mit größerer Wirtschaftshaus, in Nähe Mannheim, freierliegend, zu verkaufen.

Kesselfing, Mannheim, Obenborsstraße 41.

Telephon 442. Sprechstunden 8-10 Uhr nachmittags. *2876

neuer Covercoat-Herrenmantel

aus Horn, Reibleder, d. 5. Stadt links. *2945

In zentraler Lage

Wohnhaus mit 2 Läden

und event. baldigst bezugsbarer 4 Zimmerwohnung sofort zu verkaufen.

Ein Baden ist frei zu machen. Nur ernstliche Reflektionen mit Dringlichkeitsmarke erhalten. Auskunft Scherrbacher & Kaufmann, P 1, 3

Bad. Schwarzwald! Zu verkaufen! (901)

Villa, 6 Zimmer, 2. Garten, Drei Zimmer, Küche sofort bezugsb. Preis 200 000 Mk. Wolf, Roos & Co., G. m. b. H. in Bensheim. 6173

Würt. Schwarzwald! Sof. beziehbar! (898)

Herrl. gelagertes Landhaus, guter Zustand, 10 Zimmer, 2. et. Bad, Wasserl. 1 Park. Garten. Preis 400 000 Mk. Wolf, Roos & Co., G. m. b. H., Bensheim 6173

Nur für Private!

1 Herrnzimmer

Hell, Wücherricht, ca. 200 cm breit, 1 runder Tisch, 1 Schreibtisch mit Einlagen, 2 Stühle mit Bezug, 1 Schreibtischstuhl m. Bezug, Holz: Eiche, handwerklich hergestellt, Preis 20500 Mk. *2856

Kauf-Gesuche

Diplomaten-Schreibtische

gebraucht oder neu, in Eichen und Nieren zu kaufen gesucht.

Angebote erbeten an **Stemens-Bauunion in Forbach, Baden.** 5290

Verkäufe

Grosser Eisschrank

0,72x1,30x1,60, sofort preiswert abzugeben. Alb. Höller Neu-Ohlheim 349. *2877

Deutscher Plüschteppich

Gr. 2x3 m, sehr gut erhalten, zu verkaufen. Anzugeben von 1/4 Uhr ab bei Demling, Holentstr. 22, III. *2925

Achtung! Schiffschankel

mit 5 Schellen, Orchesterlack und allem Zubehör, fast neu, preiswert zu verk. Anzugeben bei *2925 Federle, Reubenheim, Kronenstr. 24.

1 hellgrauer Sommer-Anzug

sowie 1 dunkelbl. leichter Anzug noch sehr gut erhalt. 1 sch. Figur, Größe ca. 170 cm, preisw. abzug. Händler erb. Ragn. L 14, 20, II. *2942

Zu verkaufen:

1 Nationalkassette
1 Posten Kisten
verschied. Kleider
und sonstiges. Händler erb. Umschl. von 4-6 Mollstr. 8, Laden. 2811

Herrenrad

mit hohem Rahmenbau, verkauft, eventl. tauscht gegen gleichwert. Damenrad. Alenhofer, Bergingstr. 12, III. *2900

1 Schrank, gut erhaltener Eisschrank

billig zu verkaufen. *2800 Q 6, 6, 1 Treppe links.

Miet-Gesuche

Möbl. Zimmer

Zimmer

sofort gesucht. Angebote mit Preisang. an Union-Theater 2843 P 6, 28. 24.

Einfach möbl. Zimmer

per sofort oder auch später für männlichen Hotelgast gesucht. Angebote mit Preisangabe erbeten an 28010 Union-Hotel, Mannheim.

Wohnungs-Tausch.

Mag.berger, 2 Zimmerwohnung 1. u. 2. Ofl. gegen 2-3 Zim. Wohnung, neues Viertel, Redarbad zu tauschen gesucht. Angebote u. K. 2481 an den Rum. Ber. Ring, Zweigstelle Waldhofstr. 6. *2915

Verloren.

Dobermann

(Rüde), entlaufen. Wiederbringer erhält gute Belohn. Vor Anlauf wird gemerkt. *2940

Eleg. Damen-Halb-schuhe, in R. Cheyreaux m. echt. Lackkappe. Spottpreis

275

Vornehm. Damen-Halb-schuhe, echt Boxcoff, feinste Lederverarbeitung

350

Eleg. Herr.-Gesellschafts-Stiefel, echt Boxcoff, höchste Leistung.

550



ein Paar kann an jeden Käufer abgegeben werden. Jeder Stiefel trägt den in uns. Fabrik fest in die Sohle eingep. Original-Verkaufspreis.

Tack & Cie. AG.
Burg
b. Magdby

Verkaufsstelle Conrad Tack & Cie., G. m. b. H., Mannheim
Breitestrasse 8 1, 7 - Tel. 4732.

Süddeutsche Weinzentrale e. G. m. b. H.

Telephon 1729 und 8754.

Unsere Büros und Kellereien, sowie die Bank- und Sparkassen-Abteilung befinden sich jetzt

N 7, 7 (im früheren Saalbau).

National-Theater Mannheim

Samstag, den 27. Mai 1922
46. Vorstellung in Miete, Abteilung D
(für 2. Parkett D 38)

Die Kasette

Komödie in fünf Aufzügen von Carl Sternheim.
In Szene gesetzt von Helms W. Voigt.
Anfang 7 1/4 Uhr. Ende nach 10 Uhr.

Neues Theater im Rosengarten.

Samstag, den 27. Mai 1922 82
11. Volks-Vorstellung
(Theatergemeinde d. B. V. B. von Nr. 2256-2355)

Jugend

Ein Liebesdrama in drei Aufzügen von Max Halbe
Pfrarr Hoppe Karl Neumann-Moditz
Anchen, seine Nichte Oretel Mohr
Amandus, ihr Stiefbruder Wilhelm Kolmar
Kaplan-Orator Schigorski Paul Rose
Hans Hartwig, Student Richard Eggarter
Maruscha, Dienstmädchen Elise de Lank
Anfang 7 1/4 Uhr. Ende nach 9 1/4 Uhr.

K. R. M.

Kabarett-Restaurant Mannheim

Kein Weinswang

Nur wenige Tage:

Ernst v. Gleyeki

Sonntags 2 Vorstellungen.

Friedrichs-Park.

Sonntag, Nachmittag- u. Abend-Konzert.

28. Mai

Jeden Abend KONZERT ausgenommen

Montag und Freitag

Anmeldungen zum Jahres-Abonnement werden am

Eingang zum Park entgegen genommen. 5306

Beck's Kaffee Friedrichsbau Breitestraße

2 Min. von den Bänken. — Tel. 7055.

Heute Samstag als Vorkabarett b. Pfälzer Sonntags

Wiener Praterfestabend!

Das war der schönste Abend

unseres kummervollen Lebens

Wohltätigkeits-Beratschung des D. O. Volks-

bundes u. B. Eintritt 3.00 Mk. mit Steuer.

Am Pfälzer Sonntag:

11-1 Uhr vorm.: Fröhlichkonzert

Matinee — Eintritt frei!

Zeitung: die beliebte Anzeigenin Toni Walden

Ab 4 Uhr nachmittags:

— Fremden-Gala-Vorstellung —

NB. 60 Feststühleplätze zur angenehmen Befür-

tigung des Festtages stehen zur Verfügung. Preis

mit Steuer 2.00 Mk. — Der Erlös wird dem Ver-

kehrsverein Mannheim überwiesen.

Unter Telefon-Nr. 7055. *2946

Reith's

Weinhaus „Hütte“

Familien-Restaurant

Q 3, 4 Tel. 6654

Selbstgeber gibt Betriebskapital

an tolle Geschäfte. Ankauf guter Wechsel,

Rechtshilfe, Hypotheken usw. Gefl. Zuschrift an

Südd. Haus- und Grundbesitzverwertung

Mannheim, E 4, 6. 6202



HAMBURG-AMERIKA LINIE

UNITED AMERICAN LINES INC

von Hamburg nach

Südamerika

RIO DE JANEIRO UND BUENOS AIRES

DEUTSCHE PASSAGIERDAMPFER

TEUTONIA 1. JUNI

THESSALIA 6. JULI

RUGIA 25. JULI

BADEN 26. AUGUST

RUGIA, TEUTONIA und THESSALIA führen

eine erste Kabine mit Staatszimmerlichtern.

BADEN hat nur eine einfache Kajütenin-

richtung. Auf allen vier Dampfern ist eine

moderne dritte Klasse mit eigenem Speisesaal,

Rauchzimmer, Damenzimmer und Schlaf-

kammern zu zwei und mehr Betten vorhanden.

AUSKUNFT ERTEILT DIE

HAMBURG-AMERIKALINIE

HAMBURG und deren Vertreter in:

Heidelberg: Hugo Kolber, I. Fa. Gebr

Tran Nachf., Brückenstrasse 8.

Speyer a. Rh.: Ludwig Gross, Ludwig-

strasse 14.

Ludwigshafen: Carl Kohler, Kaiser

Wilhelmstrasse 71.

MANNHEIM: Walther & von

Reckow, L 14, 19. 533

American-Line.

Regelmäßige Passagier- u. Frachtdampfer

Hamburg - New York.

Passagierdampfer:

Doppelschraubendampfer „Mongolia“ 3. Juni

Doppelschraubendampfer „Manchuria“ 10. Juni

Doppelschraubendampfer „St. Paul“ 17. Juni

Doppelschraubendampfer „Mongolia“ 24. Juni

Doppelschraubendampfer „Manchuria“ 8. Juli

Doppelschraubendampfer „Mongolia“ 15. Juli

Doppelschraubendampfer „Manchuria“ 22. Juli

Frachtdampfer

Hamburg-Baltimore-Boston-Philadelphia usw.

Auskunft erteilen E169

AMERICAN-LINE

Hamburg, Börsenbrücke 2.

Gundlach & Bärenklau Nachf.

Mannheim, Bahnhofplatz 7.

Daitz-Speditionskontor G. m. b. H.

Lübeck und Hamburg.

Internationale Transporte — Lagerung

Versicherung — Verteilung von Sammelladungen

Tel. Lübeck Nr. 8338. Hamburg Vulcan 6871.

Telegr.-Adr. Daitzspedition. E173

Ca. 6000 Paar

weisse Stoff-Halbschuhe

mit guter Ledersohle. Mk. 98.50

in unserer Zentrale eingetroffen und kommen von heute ab

in unseren Filialen zum Verkauf. 5332

Schuhhaus ROMEO J 1, 5

Ungezeiter all. Art besetzt

R. Kroschel Kammer-

Mannheim T 5.10 Telefon 3492

Spezialist S15

radikaler Wanzen-Austrittung

Konstabent Staatl. u. Stad. Behörden

Schneiderin

empfiehlt sich noch für

weitere Rundschiff an der

dem Laufe. *2794

Engelste unter R. F.

71 an die Geschäftsstelle.

la. Schweizermilch getr.

Jedermann hat jederzeit seine

gute Milch im Hause. Ein Sauer-

werden vollständig ausgeschlossen,

daher rationeller wie frische Kuhmilch.

Ein kleiner Versuch wird Sie überzeugen!

B. Malmsheimer

Ludwigshafen a. Rh.

Spezialhaus für Milch und Zucker

Kaiser Wilhelmstr. 63. Fernr. 1019.

Haltestelle Linie 8 und 13. 5326

Quellfrische Mineralwasser

Limonade

Flaschenbier - Apfelwein

Ferner im Laden T 1. 6

Frisch geschossene Rebe

ganz und zerlegt 5326

Johann Schreiber.

Möbel!

Schöne eichene Schlafzimmer,

Speisezimmer und Küchen, sowie

Divan zu den billigsten Tagespreisen bei

*2937 Dietrich, E 3. 11.

Original-Cyklonette

erweist sich dank ihrer Sparsamkeit als Per-

sonen- u. Lieferwagen steigender Beliebtheit.

General-Vertreter für Württemberg u. Baden

Biesenberger & Co., Stuttgart

Alexanderstr. 26. Tel. 3487 u. 3953.

Gut eingeführte Vertreter für Baden gesucht.



Erholungsstätten und Gasthäuser

Weinheim, Restauration „Rosengarten“

Grundelbachstr., am Ausgang zu den Burgen Windeck

und Wachenburg. Neuzeitl. einger. Nebenzimmer und

Sälechen für Gesellschaften und Familien. Gute Küche,

Biere, Weine und Apfelwein. 5237

Bes.: Wdh. Schrank, fröh. Gasthaus Golden. Bock.

Weinheim, Wachenburg

400 Mtr. ü. M., herrl. Rundblick die ganze Rhein-

ebene entlang. Das ganze Jahr geöffnet. 5237

Restauration. Telefon 225. A. Werner.

Gadernheim

1 1/2 Stunde von Bensheim, Auto-

busse Bensheim-Lindelsheim

Gasthof „Erbacher Hof“

Pension, Nebenzimmer, groß. Saal m. Klavier für Vereine

u. Gesellschaft. Eig. Metzgerei. Gute Speis. u. Getränke.

Elektr. Licht. Tel. Posthaltestelle Gadernheim. Bes.: J. Böhm

Kurhaus Gertelbach

am Fusse der Gertelbachfälle. Angenehmer Aufent-

halt. — Gute bürgerliche Küche. — Mäßige Preise.

Telephon 88 Bühl. Inhaber: Martin Stöckler.

Kurhaus Hundseck

900 m ü. d. M. im nördl. bad. Schwarzwald.

Telephon Bühl(Baden) 18, Telegramm-Adresse: Hundseck

Bühlbad. Bes. Hemmer u. Maushart. 5237

Herrenalb

Das Paradies des

nördl. Schwarzwaldes

Beliebter Tagesausflug von Karlsruhe, Mannheim,

Heidelberg, Pforzheim. — Touristenstoppunkt. —

Früchtige Tannenwälder. — Herrliche Spazierwege.

Zahlreiche Aussichtspunkte. — Kuranlagen. — Kon-

versationshaus. — Renn- u. Hotel, Pensionen, Villen.

Sanatorien usw. — Mäßige Preise. — Ab 20. Mai

täglich Konzerte der Kurkapelle. Theater usw.

Nähere Auskunft durch die Kurverwaltung.

Kurhaus Sand

829 m ü. d. M.; nördl.

Schwarzwald, gutbürger-

liches Familienhotel;

Hotel, Kaffee-Restau-

rant, Jagdzimmer; Aussicht auf Rheinebene und

Vogesen; Telephon Amt Bühl No. 12; Stationen

Bühl und Baden-Baden. Auskunft durch die Besitzer

Lauderer & Reichmann. 5236

Schönwald

(bad. Schwarzwald) Stat.

Triburg. Klim. Höhen-

kurort, 1000 bis

1100 Mtr. ü. M. Herrl. Sommeraufenthalt i. Wald. Gegend

Gasthof u. Pension „Hirschen“ seit Jahren

bestempf. Haus, vorzögl. Verpfleg. Günstige Pensions-

bedingung. Telephon 153 (Triburg). Bes.: Jos. Kern

Obertal

Stat. Balersbrunn bei Freudenstadt

Altbekanntes gutes Haus f. Sommer- u. Winteraufenthalt.

Bäder, elektr. Licht, Fahrw., Forstrentschere, Teleph. 1

Waldbereitstellung von Edelschnapsen

Paul Finkbeiner Wwe. 5237

Hotel Glocke, Künzelsau

Neu renoviert. Grosser schattiger Garten mit Kegel-

bahn, Pension, vorzügliche Küche, reine Weine.

5237

Inh.: Fr. Breuninger, Koch.

Kurort Ingelfingen (würtbg.)

In schönster Lage des Kochertals. Glaubenssatzge-

fülle für Magen-, Darm-, Leber- u. Gallensteinleiden.

Ausgezeichnete Heilerfolge. Gute Verpflegung. Mäßige

Preise. Auskunft: Stadtschultheissensamt (Teleph. 1).

Fürstliche Brunnenverwaltung (Teleph. 3) 5330

Luftkurort Hirsau

im Würt. Schwarzwald

Einmal berühmte Abtei. Lage an einem der bezauberndsten

Punkte des Nördl. Schwarzwaldes, als Perle des Nördl. Schwarzwaldes be-

kannt, von malerischen Bergen und herrlichen Wäldern

umgeben. Zahlreiche schattige Spazierwege in malerischer

Nähe. Fröhliche Kuranlagen mit Wandelhalle. Gute

Gasthofe: Bilharz, z. Rösle, Stutz, z. Löwen, Neumann,

z. Waldhorn, Ganshorn, z. Schwans, Klump-

mann, z. Anker, Erbstübel; Gute Pensionen: Adam, Weiss,

Oesterlin, Kurhaus, Mutschler, Erbstübel, Kurhaus Glegg,

z. Bleich, Metzler, Christ. Erholungsheim; Kaffee- u. Wirt- u. Boley. — Auskunft durch Kurverwaltung gegen Rückporto, Telephon Calw 150. 5330